



Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)
20. November 2018, 9 Uhr und
21. November 2018, 9 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

Antrag Nr. 268 (S. 258): Erhöhung der institutionellen Förderung des Vereins für Jugendhilfe – Anti-Gewalt-Programm für Täterinnen (CDU)

Antrag Nr. 269 (S. 258): Verein für Jugendhilfe - Anti-Gewalt-Programm für Täterinnen – Zuschusserhöhung wg. Notwendiger Personalaufstockung und Ausgleich Tariferhöhung (Die Linke)

Antrag Nr. 270 (S. 258): Erhöhung der institutionellen Förderung des Vereins für Jugendhilfe – Anti-Gewalt-Programm Täterberatung (CDU)

Antrag Nr. 271 (S. 258): Verein für Jugendhilfe - Anti-Gewalt-Programm Täterberatung – Zuschusserhöhung zum Ausgleich gestiegener Personalkosten (Tariferhöhung) (Die Linke)

Es geht um eine Erhöhung, und es sind jeweils zwei Anträge der CDU und der Linken. Einmal geht es um die Personalaufstockung und zum anderen um den Ausgleich der Tarifierhöhungen. Von daher sind es zwei verschiedene Programme, die wir aber trotzdem zusammenführen können.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Ich möchte gleich noch für die Anträge Nrn. 274 bis 277 sprechen. Die gehören für uns auch noch dazu. Es geht jeweils um den Verein für Jugendhilfe, einmal um die Beratungsstelle bei Gewalt im sozialen Nahraum und einmal um das Anti-Gewalt-Programm für Täterinnen und die Tandemberatung. Da ist in der letzten Zeit ein noch größerer Bedarf vorhanden, sodass wir angefragt wurden, die Mittel zu erhöhen. Wir halten diese Programme für sehr sinnvoll, sehen auch, dass sie in den letzten Jahren an Bekanntheit zugenommen haben. Wir sind froh, dass sie von dem Kreis derer, die es betrifft, so stark angenommen werden.

Ich möchte noch etwas sagen zu den Anträgen. Da stehen jetzt unterschiedliche Beträge im Raum. Zum Beispiel hat die CDU bei den Anträgen Nrn. 268 und 270 Beträge beantragt auch bei Antrag Nr. 274 –, die in der Summe dem entsprechen, was die SPD bei der nächsten Antragsrunde Nrn. 274 bis 277 beantragt hat. Deswegen erhebt sich die Frage, ob wir das zusammenpacken wollen.

Ich hoffe, ich habe jetzt nicht zu viel Verwirrung ausgelöst.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Ich freue mich, dass wir mit der CDU zusammengehen und das Thema Gewalt anpacken. Auch das Thema „Arbeit mit Täterinnen“ kommt noch auf uns zu. Wenn wir es jetzt nicht beschließen, werden wir es im Rahmen der Umsetzung dieser Istanbul-Konvention haben. Da geht es um geschlechtsbezogene Gewalt, sowohl um Gewalt von Männern gegen Frauen wie auch von Frauen gegen Männer. Das ganze Paket wird damit angepackt, und das ist jetzt ein erster Schritt, der sehr wichtig ist. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu den entsprechenden Maßnahmen.

Der Vorsitzende: Jetzt muss ich kurz bei der SPD und bei KULT nachfragen. Lassen sich die 46.985 € nur auf das Thema „Gewalt im sozialen Nahraum“ beziehen oder beinhalten sie auch das Anti-Gewalt-Programm für Täterinnen? Stimmt damit die Vermutung von Frau Meier-Augenstein?

Stadträtin Melchien (SPD): Die Anträge sind bestens miteinander abgestimmt. Frau Meyer-Augenstein hat genau Recht. Wenn wir jetzt gleich über Antrag Nr. 275 abstimmen, dann ist das deckungsgleich mit allen drei CDU-Anträgen und denen der Linken. Wir könnten mit einer Abstimmung die Anträge Nrn. 268, 270 und 274 beschließen.

Der Vorsitzende: Dann unternehmen wir einmal den Versuch, die **Anträge Nrn. 268, 269, 270, 271 und 274 und 275** zusammenzunehmen und kommen dann auf die 46.985 € bzw. 51.896 € für den Verein für Jugendhilfe. Das wäre dann der **weitergehende Antrag**, weil er die größten Summen beinhaltet. Das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Gut, das ist **eine deutliche Mehrheit**. Ich habe vergessen, **der Antrag Nr. 277 der Linken hat auch noch dazugehört**. Der **Antrag Nr. 276** der GRÜNEN hat sich damit **erledigt**, weil wir jetzt viel höhere Beträge eingestellt haben.

(...)